

**Antrag 110/II/2025****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Landespräventionsgesetz verwirklichen**

1 *Hinweis: in der vorherigen Fassung wurde der falsche An-*  
 2 *tragstext übermittelt und abgedruckt - nachfolgend der*  
 3 *richtige Antragstext:*

4 Die Vertreter:innen der SPD im Senat und im Abgeord-  
 5 netenhaus werden aufgefordert, sich für eine zeitnahe  
 6 Verabschiedung des angekündigten Landespräventions-  
 7 gesetzes einzusetzen.

8 Das Landespräventionsgesetz soll insbesondere folgende  
 9 Punkte beinhalten:

- 10 • Die gemeinsame Präventionsarbeit gegen häusliche  
 11 Gewalt, Gewalt auf Straßen, Plätzen, in Parks, öf-  
 12 fentlichen Nahverkehr sowie gegen Gewalt im Inter-  
 13 net ist sicherzustellen.
- 14 • Die Angebote zur Suchtprävention, insbesondere  
 15 Beratungs- und Selbsthilfeangebote, Substitution  
 16 und aufsuchende Sozialarbeit, sind auszubauen  
 17 und zu stärken.
- 18 • Öffentliche Räume sollen entlastet werden, indem  
 19 Drogenkonsumräume und Spritzenprogramme aus-  
 20 gebaut sowie sichere Spritzenabwurfstellen und ge-  
 21 schützte Orte für die Trinkerszene geschaffen wer-  
 22 den.
- 23 • Bezirkspräventionsräte und das Landeskonzept  
 24 „Berlin gegen Gewalt“ sind mit ausreichenden  
 25 finanziellen und personellen Mitteln auszustat-  
 26 ten. Kiezorientierte Maßnahmen zur gewaltfreien  
 27 Konfliktlösung und Stärkung des Sicherheitsemp-  
 28 findens vor Ort sind zu fördern.
- 29 • Bei Neu- und Umgestaltung öffentlicher Plätze,  
 30 Grünanlagen und Bahnhofseingängen sind dunkle  
 31 Ecken und Angsträume zu vermeiden oder zu besei-  
 32 tigen; städtebauliche Kriminalprävention und femi-  
 33 nistische Stadtplanung sind von Anfang an zu be-  
 34 rücksichtigen.
- 35 • Die Bekämpfung der Jugendkriminalität bleibt  
 36 Schwerpunkt; Präventionsprogramme sind fortzu-  
 37 setzen und auszubauen, zusätzliche Freizeit- und  
 38 Fortbildungsangebote für Jugendliche zu schaffen.
- 39 • Der Schutz und die Teilhabe der Menschen in ihrer  
 40 Vielfalt sind besonders zu fördern. Die Unterstüt-  
 41 zung von Betroffenen und Opfern gruppenbezoge-  
 42 ner Hassgewalt und extremistischer Gewalt, insbe-  
 43 sondere im digitalen Raum, ist zu verstärken.
- 44 • Präventionsangebote müssen für alle verständlich  
 45 und zugänglich sein, etwa durch Dolmetscher:innen  
 46 und Materialien in einfacher Sprache.

**Begründung****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

~~Die SPD setzt sich für eine grundlegende Reform der  
 Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht  
 ein. Ziel ist es, Missbrauchsmöglichkeiten zu schließen,  
 Steuergerechtigkeit herzustellen und die Belastung  
 gerechter zwischen großen Unternehmensvermögen und  
 normalen Erb:innen zu verteilen.~~

Die Vertreter:innen der SPD im Senat und im Abgeord-  
 netenhaus werden aufgefordert, sich für eine zeitnahe  
 Verabschiedung des angekündigten Landespräventions-  
 gesetzes einzusetzen.

Das Landespräventionsgesetz soll insbesondere folgende  
 Punkte beinhalten:

- Die gemeinsame Präventionsarbeit gegen häusliche  
 Gewalt, Gewalt auf Straßen, Plätzen, in Parks, öf-  
 fentlichen Nahverkehr sowie gegen Gewalt im Inter-  
 net ist sicherzustellen.
- Die Angebote zur Suchtprävention, insbesondere  
 Beratungs- und Selbsthilfeangebote, Substitution  
 und aufsuchende Sozialarbeit, sind auszubauen  
 und zu stärken.
- Öffentliche Räume sollen entlastet werden, indem  
 Drogenkonsumräume und Spritzenprogramme aus-  
 gebaut sowie sichere Spritzenabwurfstellen und ge-  
 schützte Orte für die Trinkerszene geschaffen wer-  
 den.
- Bezirkspräventionsräte und das Landeskonzept  
 „Berlin gegen Gewalt“ sind mit ausreichenden  
 finanziellen und personellen Mitteln auszustat-  
 ten. Kiezorientierte Maßnahmen zur gewaltfreien  
 Konfliktlösung und Stärkung des Sicherheitsemp-  
 findens vor Ort sind zu fördern.
- Bei Neu- und Umgestaltung öffentlicher Plätze,  
 Grünanlagen und Bahnhofseingängen sind dunkle  
 Ecken und Angsträume zu vermeiden oder zu besei-  
 tigen; städtebauliche Kriminalprävention und femi-  
 nistische Stadtplanung sind von Anfang an zu be-  
 rücksichtigen.
- Die Bekämpfung der Jugendkriminalität bleibt  
 Schwerpunkt; Präventionsprogramme sind fortzu-  
 setzen und auszubauen, zusätzliche Freizeit- und  
 Fortbildungsangebote für Jugendliche zu schaffen.
- Der Schutz und die Teilhabe der Menschen in ihrer  
 Vielfalt sind besonders zu fördern. Die Unterstüt-  
 zung von Betroffenen und Opfern gruppenbezoge-  
 ner Hassgewalt und extremistischer Gewalt, insbe-  
 sondere im digitalen Raum, ist zu verstärken.

49 Prävention ist sozialdemokratische Gesellschaftspolitik  
50 und trägt maßgeblich zur Sicherheit und Lebensqualität  
51 in Berlin bei. Die Vielschichtigkeit von Gewalt-, Sucht-  
52 und Diskriminierungslagen erfordert einen systemischen,  
53 ressortübergreifenden Ansatz, der unterschiedlichste Le-  
54 bensrealitäten einbezieht. Ein Landespräventionsgesetz  
55 ermöglicht es, vorhandene Strukturen zu stärken und  
56 neue Angebote gezielt zu schaffen, mit besonderem Fokus  
57 auf gefährdete Zielgruppen und auf die Sicherheit öffent-  
58 licher Räume.  
59 Präventionsarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Quer-  
60 schnittsaufgabe, die sowohl die Hilfesysteme als auch die  
61 urbane Infrastruktur adressiert. Um Berlins Vielfalt und  
62 die Teilhabe aller Bürger:innen zu sichern, müssen Ange-  
63 bote barrierearm und auch für marginalisierte Gruppen  
64 verständlich und erreichbar sein. Eine wirksame Präven-  
65 tionspolitik ist Ausdruck sozialer Verantwortung und un-  
66 terstützt den gesellschaftlichen Frieden in unserer wach-  
67 senden, diversen Stadt.

- Präventionsangebote müssen für alle verständlich und zugänglich sein, etwa durch Dolmetscher:innen und Materialien in einfacher Sprache